

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	501a
		TOP:	1a
	Verhandlung	Drucksache:	1068/2018
		GZ:	OBM
Sitzungstermin:	19.12.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	OB Kuhn		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / fr		
Betreff:	Tarifzonenreform des VVS Harmonisierung der Zuschusshöhe für die Beschäftigten		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 14.12.2018, GRDs 1068/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Den Beschäftigten der Landeshauptstadt Stuttgart wird ein für alle Zonen einheitlicher Zuschuss zum VVS-Jobticket in Höhe von 28,30 € für alle Zonen gewährt.
2. Die "Dienstvereinbarung LHS-Firmenticket / Stadt" vom 04.04.2014 wird entsprechend angepasst.
3. Gegenüber der bisherigen Regelung erhöhen sich die Aufwendungen im Jahr 2019 für die Förderung des Jobtickets auf Basis von 12.000 Abos auf rd. 4.064.000 € (Planansatz: 3.950.000 €). Die Aufwendungen werden in den Teilergebnishaushalten 2019 ff., THH 100 - Haupt- und Personalamt, Amtsbereich 1007540 - Sonstige soziale Leistungen für Beschäftigte, Kontengruppe 43100 - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, gedeckt.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, die erforderlichen überplanmäßigen Mittel entsprechend der tatsächlichen Inanspruchnahme des Jobtickets im Jahr 2019 zu bewilligen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Nach einer kurzen Einführung durch OB Kuhn, in der er eine Kürzung des Jobticket-Zuschusses als falsche Botschaft gegenüber der städtischen Mitarbeiterschaft bezeichnet, äußern sich StR Sauer (CDU), StR Winter (90/GRÜNE), StR Körner (SPD) und StR Urbat (SÖS-LINKE-PluS) zustimmend zur Vorlage.

Die CDU-Gemeinderatsfraktion, so StR Sauer, hoffe, dass sich durch den Beschluss die Anzahl der Jobtickets weiter steigern lässt. Für StR Winter ist das Jobticket ein wichtiger Baustein, um den Umstieg auf den ÖPNV weiter zu befördern. Den Beschlussantrag bezeichnet StR Urbat als einen weiteren Schritt hin zu einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV. Frau Häussler (GPR) spricht von einem Schritt in die richtige Richtung. Zu bedenken gibt sie, Umlandgemeinden würden diesen Zuschuss ebenfalls anbieten, und diese würden teilweise noch höhere Zuschüsse bezahlen.

StR Körner äußert gegenüber dem Vorsitzenden die Bitte, dass für die Beschäftigten, die mit der DB von außerhalb des Verkehrsverbundes anreisen (ca. 350 städtische Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter) ebenfalls Zuschussmöglichkeiten angeboten werden. Zudem weist dieser Stadtrat darauf hin, dass die bei der Stadt bzw. bei städtischen Eigenbetrieben Tätigen Bufdis derzeit nicht von dem Jobticketzuschuss profitieren. Er bittet darum, diesen jungen Menschen, die einen freiwilligen Dienst für die Gesellschaft verrichteten, diesen Zuschuss ebenfalls anzubieten. Diese Bitten, die Frau Häussler für den GPR unterstützt, nimmt der Vorsitzende auf. Von ihm wird BM Dr. Mayer gebeten, sich darum zu kümmern, damit zeitnah die Verwaltung einen Vorschlag unterbreiten könne.

Abschließend stellt OB Kuhn fest:

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Häbe / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
S/OB-Mobil
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. OB-PR
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR